

Stadt Hilden

Niederschrift

**über die 25. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Rates der Stadt Hilden am
Mittwoch, 17.04.2024 um 17:00 Uhr, in der Stadthalle Hilden (Fritz-Gressard-Platz 1 in
40721 Hilden)**

Anwesend waren:

Vorsitz

Herr Dr. Claus Pommer

Ratsmitglieder

Frau Nicole Anfang	CDU
Herr Jörg Brandenburg	CDU
Frau Susanne Brandenburg	CDU
Herr Martin Falke	CDU
Herr Fabian Filatov	CDU
Herr Fred-Harry Frenzel	CDU
Herr Christian Gartmann	CDU
Herr Peter Groß	CDU
Herr Thomas Grünendahl	CDU
Herr Ramon Ludwig Kimmel	CDU
Herr Christian Schimang	CDU
Frau Claudia Schlottmann	CDU
Herr Rainer Schlottmann	CDU
Herr Kevin Peter Schneider	CDU
Herr Norbert Schreier	CDU
Herr Matthias Schumann	CDU
Herr Michael Wegmann	CDU
Frau Sandra Kathrin Wiemers	CDU
Herr Tristan Zeitter	CDU
Frau Anabela Barata	SPD
Frau Kimberly Lynn Bauer	SPD
Herr Torsten Brehmer	SPD
Herr Kevin Buchner	SPD
Frau Sarah Buchner	SPD
Herr Hamza El Halimi	SPD
Frau Hannah Hammer	SPD
Frau Dagmar Hebestreit	SPD
Herr Steffen Kirchhoff	SPD
Frau Henrike Lindenberg	SPD
Herr Dominik Stöter	SPD
Frau Anne Kathrin Stroth	SPD
Herr Carsten Wannhof	SPD
Herr Hans-Jürgen Weber	SPD
Frau Helga Achterwinter	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Heinz Albers	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Klaus-Dieter Bartel	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Abdullah Dogan	Bündnis 90/Die Grünen
Frau Cornelia Geißler	Bündnis 90/Die Grünen
Frau Annegret Gronemeyer	Bündnis 90/Die Grünen

Frau Dr. Andrea Grunert	Bündnis 90/Die Grünen
Frau Helen Kehmeier	Bündnis 90/Die Grünen
Frau Marianne Münnich	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Peter Münnich	Bündnis 90/Die Grünen
Frau Anna Meike Reimann	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Hartmut Toska	Bündnis 90/Die Grünen
Frau Susanne Vogel	Bündnis 90/Die Grünen
Frau Julia Gerhard	FDP
Herr Uwe Gramminger	FDP
Herr Rudolf Joseph	FDP
Herr Thomas Remih	FDP
Herr Prof. Dr. Ralf Bommermann	AfD
Herr Marlon Buchholz	AfD
Herr Dr. Heimo Haupt	AfD
Herr Axel Hoffmeister	AfD
Herr Ludger Reffgen	BÜRGERAKTION
Frau Dorothea Spielmann-Locks	BÜRGERAKTION
Herr Ernst Kalversberg	Allianz für Hilden
Herr Oliver Kohl	Allianz für Hilden
Frau Lisa Didschuneit	Die Linke

Von der Verwaltung

Frau Beigeordnete Mona Wolke-Ertel	Stadt Hilden
Herr 1. Beigeordneter Sönke Eichner	Stadt Hilden
Herr Beigeordneter Peter Stuhlträger	Stadt Hilden
Herr Roland Becker	Amtsleiter Bürgermeisterbüro
Herr Torsten Schlüter	Beratungs- und Prüfungsamt
Frau Christina Schroeder	Stadt Hilden
Herr Martin Wiedersprecher	Kämmerer

Abwesende Ratsmitglieder

Herr Philip Razum	CDU
Herr Michael Rupp	CDU
Herr Reinhard Zenker	CDU
Frau Sandra Kollender	SPD
Herr Ralf Peter Beier	BÜRGERAKTION

Tagesordnung:

Eröffnung der Sitzung

Änderungen zur Tagesordnung

Einwohnerfragestunde

- 1 Einführung und Verpflichtung eines neuen Ratsmitgliedes
WP 20-25 SV 01/159
- 2 Befangenheitserklärungen
- 3 Mündlicher Bericht der GFO zu aktuellen Entwicklungen des St. Josefs Krankenhauses Hilden
- 4 CO-Pipeline der Firma Covestro, vormals Bayer-Material Science - Sachstandsbericht
- 5 Flüchtlingssituation in Hilden
- 6 Anregungen und Beschwerden
- 6.1 033-24 Anregung nach §24 GO NRW Aufgabe des geplanten Bauvorhabens Hofstr. 98
WP 20-25 SV 26/055
- 7 Allgemeine Ratsangelegenheiten
- 7.1 Bestellung eines stimmberechtigten Mitgliedes für den Stadtentwicklungsausschuss
WP 20-25 SV 01/166
- 7.2 Umbesetzungen in Ausschüssen und Gremien
WP 20-25 SV 01/165
- 7.3 Anzahl der zu wählenden Ratsvertreter
WP 20-25 SV 01/167/1
- 7.4 Änderung der Zuständigkeitsordnung des Rates der Stadt Hilden - 16. Nachtrag
WP 20-25 SV 01/160
- 8 Haushalts- und Gebührenangelegenheiten
- 8.1 Maßnahmenpaket II auf Basis des Brandschutzbedarfsplanes und der Stellungnahme des Kreisbrandmeisters;
hier: Gewinnung von zusätzlichen ehrenamtlichen Mitgliedern für die Einsatzabteilung der Freiwilligen Feuerwehr Hilden
WP 20-25 SV 37/008
- 9 Anträge
- 9.1 Antrag BA-Fraktion vom 30.08.2023: Mobile Stellwand für Street-Art im Stadtpark
WP 20-25 SV 41/077/1

- 10 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen
- 11 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen
- 11.1 217-24 Anfrage CDU Wildtierrisse durch unangelegte Hunde

Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende, Bürgermeister Dr. Claus Pommer, eröffnete die Sitzung und begrüßte die anwesenden Mitglieder des Gremiums, die Vertreter der Presse, die erschienenen Zuhörerinnen und Zuhörer sowie die Zuschauerinnen und Zuschauer des Live-Streams.

Er stellte zunächst fest, dass die Unterlagen form- und fristgerecht zugegangen sind.

Einleitend informierte er, dass der öffentliche Teil dieser Ratssitzung mit Bild und Ton gestreamt werde. Bis auf eine Person haben alle Anwesenden der Übertragung ihrer Person zugestimmt; allerdings könne jedes Ratsmitglied diese Zustimmung ad-hoc – durch Zeigen einer auf den Plätzen ausliegenden roten Karte – widerrufen. Weiter gilt in der Sitzung eine Redezeitbegrenzung. Ratsmitglieder erhalten für einen ersten Redebeitrag vier Minuten Redezeit und für einen weiteren Beitrag zum selben Tagesordnungspunkt zwei Minuten Redezeit. Die Zeit werde mit Hilfe einer Stoppuhr an der Leinwand angezeigt.

Zudem wies er darauf hin, dass die Wortbeiträge ab dieser Sitzung an dem Rednerpult zu halten seien.

Bürgermeister Dr. Pommer bat die Anwesenden anschließend, sich zu erheben und gemeinsam dem kürzlich verstorbenen ehemaligen Fraktionsmitglied der CDU, Eddie Blum sowie dem verstorbenen ehemaligen Leiter der Feuerwehr, Lothar von Gehlen, zu gedenken.

Aufgrund der Todesfälle wurde auf das Verlesen der Geburtstagsliste verzichtet.

Änderungen zur Tagesordnung

Änderungen zur Tagesordnung ergaben sich nicht.

Einwohnerfragestunde

Zur Einwohnerfragestunde meldete sich niemand.

Bürgermeister Dr. Claus Pommer bat Frau Lisa Didschuneit zu sich und verpflichtete sie mit den Worten:

“Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle der Gemeinde erfüllen werde.“

Während der Verpflichtung hatten sich die Anwesenden von ihren Plätzen erhoben.

2 Befangenheitserklärungen

Rm Kirchhoff/ SPD erklärte sich zu TOP 8.1 für befangen.

3 Mündlicher Bericht der GFO zu aktuellen Entwicklungen des St. Josefs Krankenhauses Hilden

Bürgermeister Dr. Pommer begrüßte Herrn Sven Mitteldorf, kaufmännischer Direktor der GFO-Kliniken Mettmann-Süd, der sodann einen ausführlichen Bericht über die jüngsten Entwicklungen und Herausforderungen der GFO Kliniken Mettmann-Süd in der Ratssitzung hielt.

Herr Mitteldorf erklärte einleitend, dass die Ministerien im Oktober des Vorjahres an die GFO herangetreten seien, um zu prüfen, ob das Sankt Josefs Krankenhaus in Hilden gerettet werden könne. Daraufhin habe sich eine Task-Force-Projektgruppe gebildet, die bis Mitte/Ende Dezember intensiv arbeitete und letztendlich ein positives Votum für den Erhalt des Krankenhauses erreichen konnte. Am 1. Januar 2024 erfolgte die Fusion, wodurch das Sankt Josefs Krankenhaus in Hilden und das Sankt Martinus Krankenhaus in Langenfeld nun als ein Krankenhaus mit einer Instituts-kennzeichen-Nummer, aber zwei Betriebsstätten gelten.

Am 1. Januar sei in einem Kraftakt innerhalb von vier Stunden die gesamte IT-Infrastruktur umgestellt worden. Über 70 Mitarbeiter der GFO und zahlreiche Mitarbeiter des Hildener Krankenhauses hätten hierfür auf ihren Neujahrsurlaub verzichtet, führte Herr Mitteldorf weiter aus.

Herr Mitteldorf berichtete, dass das Hildener Krankenhaus am 1. Januar in einem nahezu funktionsunfähigen Zustand vorgefunden worden sei. Es habe an Personal und geregelten Strukturen gefehlt, und nur 40 von 180 Betten seien betriebsbereit gewesen. Trotz dieser Schwierigkeiten hätten die Kolleginnen und Kollegen in Langenfeld und Hilden eng zusammengearbeitet und bemerkenswerte Fortschritte erzielt, insbesondere die Integration der Belegschaften und die Rückkehr vieler Mitarbeiter nach Hilden sei ein großer Erfolg gewesen.

Bis April seien große Fortschritte erzielt worden: 3 von 4 OP-Sälen seien wieder in Betrieb, und 140 von 180 Betten seien nutzbar. Die Notfallversorgung sei mittlerweile vollumfänglich gesichert, obwohl es zeitweise noch zu Abmeldungen einzelner Fachabteilungen komme. Eine neue Mund-, Kiefer- und Gesichtschirurgie-Abteilung sei erfolgreich etabliert worden.

Seit Montag sei ein neuer Chefarzt der Orthopädie und Unfallchirurgie im Haus, der die Unfallchirurgie der beiden Häuser vereinheitlichen solle. Der Personalaufbau werde weiterhin vorangetrieben, insbesondere in den Bereichen Pflege und ärztlicher Dienst.

Abschließend dankte Herr Mitteldorf den Mitarbeitern und der kommunalen Unterstützung für ihre Bemühungen und Hilfe. Zudem hoffe er, auch in Zukunft weiterhin eng zusammenzuarbeiten und regelmäßig über den Fortschritt zu berichten.

4 CO-Pipeline der Firma Covestro, vormals Bayer-Material Science - Sachstandsbericht

Bürgermeister Dr. Pommer informierte die Anwesenden, dass der Kreis Mettmann den entwickelten Alarm- und Gefahrenabwehrplan von der Firma Covestro erhalten habe und gemeinsam mit den betroffenen Städten des Kreises Mettmann sowie den Städten Krefeld, Duisburg, Mühlheim, Düsseldorf, Solingen und dem Rhein Kreis Neuss eine Stellungnahme mit wichtigen Anmerkungen und Hinweisen erarbeitet habe. Die Feuerwehr Hilden ist in dieser Angelegenheit im Austausch mit dem Kreis Mettmann, und bei weiteren Fragen wird empfohlen, sich direkt an den Kreis Mettmann zu wenden.

5 Flüchtlingssituation in Hilden

Erster Beigeordneter Eichner informierte über die aktuelle Flüchtlingssituation in Hilden. Er verwies zu Beginn auf die dafür zusammengestellte PowerPoint Präsentation, welche als Anlage zur Niederschrift genommen werde.

Er führte aus, dass die Menschen momentan an elf Standorten untergebracht seien, der Neubau von Unterkünften würde jedoch bevorzugt, da die aktuell genutzten Container nur eine befristete Lebensdauer hätten.

Besonders im Vordergrund sei der Neubau an der Hofstraße 98 zu sehen. Aber auch die Übergangslösung der Anmietung und Errichtung weiterer Container an der Herderstraße sei weiterhin geplant, um mehr Wohnraum schaffen zu können.

Er berichtete weiter, dass von den 867 Plätzen in den städtischen Unterkünften aktuell 823 belegt seien. Von den 823 Personen in den städtischen Unterkünften stammen 130 Menschen aus der Ukraine und 21 Personen seien derzeit in der Notunterkunft Weidenweg untergebracht. Aktuell seien somit noch 48 Plätze frei. Die Aufnahmequote liege aktuell bei 92,88 % und einer noch vorhandenen Aufnahmeverpflichtung von weiteren 61 Personen. Daher würde mittelfristig kein Rückgang der Zahlen zu erwarten sein.

Jedoch erklärte er, dass Hilden mit der momentanen Quote über 90% liege. Das Land Nordrhein-Westfalen tritt jedoch nun vermehrt an Kommunen heran die eine Quote deutlich unter 90% aufweisen und weist vermehrt dorthin Personen zu. Daher sei die Situation in Hilden augenblicklich etwas ruhiger aber die Integration sei weiterhin herausfordernd. Diese Verteilstatistik sei bei Interesse auf der Internetseite der Bezirksregierung Arnsberg einzusehen.

Die Altersstruktur der 823 Personen stelle sich wie folgt dar:

Kinder bzw. Jugendliche unter 18 Jahren:	234 Menschen (95 weiblich/ 139 männlich)
Erwachsene ab 18 Jahren:	589 Menschen (210 weiblich / 378 männlich)

Weiter freute er sich, dass Bund und Land die Bereitstellung weiterer finanzieller Mittel in Aussicht gestellt habe. Dies sei in der aktuellen Situation auch angemessen und erforderlich.

[Anmerkung der Schriftführung: weitere Tabellen und Statistiken können der als Anlage zur Niederschrift beigefügten Präsentation entnommen werden.]

Rm Buchholz / AfD meldete sich zu Wort und merkte an, dass in dem Vortrag die Zahl der ausreisepflichtigen Menschen im Stadtgebiet fehlen würde. Stand 31.12.2023 wären dies 142 Personen. Er fragte, ob die Stadt sich mittlerweile für das Abschieben dieser Menschen beim Landrat eingesetzt habe, da so benötigter Wohnraum geschaffen werden könne.

6 Anregungen und Beschwerden

6.1 033-24 Anregung nach §24 GO NRW Aufgabe des geplanten
Bauvorhabens Hofstr. 98

WP 20-25 SV
26/055

Einleitend unterbrach der Vorsitzende Bürgermeister Dr. Pommer die Sitzung, um Herrn Caspary, als Antragsstellenden die Möglichkeit zu geben, die Bürgeranregung nach § 24 GO nochmals zu erläutern und zu begründen.

Herr Caspary betonte in seinen Ausführungen u.a. die Bedeutung der Fläche als Ausgleich für Hitze- und Starkregenereignisse. Weiter erinnerte er an das Wahlversprechen aus 2020, dass Freiflächen und andere grüne Randflächen im Stadtgebiet erhalten bleiben sollen. Eine Bebauung an der Stelle würde dem Ziel der Nachhaltigkeit widersprechen und den Klimanutzen für kommende Generationen zerstören. Die Aussagen der Verwaltung zu den Windverhältnissen bezeichnete er als fehlerhaft und appellierte abschließend, die Bebauung abzulehnen und die Verwaltung aufzufordern, die Unterbringung der Geflüchteten in Bestandsgebäuden voranzutreiben.

Im Anschluss erklärte Rm Joseph/FDP, dass die FDP Fraktion dem ersten Teil des Antrages, Prüfung von weiteren Alternativen zur Nutzung als Flüchtlingsunterkunft, zustimmen werde. Er betonte, dass bei der Entscheidung der Schutz der Freiflächen berücksichtigt werden müsse aber auch die finanziellen Rahmenbedingungen entscheidend seien. Die Kostenprognose für das Projekt der Flüchtlingsunterkunft liege bereits bei 9 bis 10 Millionen € und frühere Bauprojekte haben gezeigt, dass die tatsächlichen Kosten in den meisten Fällen über den ursprünglichen Kostenschätzungen liegen. Er schlug vor, nach kosteneffizienteren Alternativen zu suchen, wie etwa die Anmietung und den Umbau von Bestandsimmobilien. Abschließend betonte Rm Joseph/FDP die Notwendigkeit, vorausschauend zu planen, insbesondere angesichts der Unsicherheiten bezüglich zukünftiger politischer Entwicklungen und Zuwanderungszahlen. Er warnte davor, Überkapazitäten zu schaffen und plädierte dafür, die Kosten im Blick zu behalten.

Rm Reffgen/BA betonte sodann, dass eine tragfähige Lösung gefunden werden muss, unabhängig von möglichen Interessen- oder Zielkonflikten, die berücksichtigt werden müssen. Es sei wichtig, sowohl eine angemessene Lösung für die Flüchtlingsunterbringung als auch eine Stadtentwicklung, die den Bedürfnissen von Hilden gerecht wird, zu finden. Er unterstützte die Idee, weiterhin nach Alternativen zu suchen, bevor eine endgültige Entscheidung getroffen werde, da die Inanspruchnahme von Freiflächen zur Bebauung, dass letzte Mittel sein sollte und verlas sodann folgenden modifizierten Antrag zur Nr. 1 der Bürgeranregung:

„Der Rat der Stadt möge beschließen, dass vor einer abschließenden Beschlussfassung zum genannten Bauprojekt weitere Alternativ gesucht und diese transparent dokumentiert werden.“

Rm Kehmeier/Bündnis 90/Die Grünen wies darauf hin, dass Kommunalpolitiker*innen vor der Herausforderung stehen, verschiedene Interessen abzuwägen. Neben dem Schutz von Freiflächen müsse auch die humanitäre Verantwortung gegenüber den 823 Schicksalen berücksichtigt werden, die als Flüchtlinge Schutz in Hilden suchen. Sie verwies auf die Überlastung der bestehenden Unterkünfte und betonte, dass die Verwaltung glaubhaft dargelegt habe, alle Bestandsimmobilien geprüft zu haben und vertraue darauf, dass die Verwaltung parallel zur Planung weiterhin nach Alternativen suche, daher werde die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dem Bauprojekt an der Hofstraße zustimmen, auch wenn dadurch Freiflächen versiegelt werden müssten. Auch, da die Nut-

zung eines Teils der Ackerfläche für Wohnbebauung nur etwa ein Zehntel der Gesamtfläche betreffe und der Rest als Ackerfläche erhalten bleibe.

Rm K. Buchner/SPD erklärte, dass die SPD Fraktion das Bauprojekt unterstützen und den Bürgerantrag ablehnen werde. Er begründete dies damit, dass die heute diskutierte Fläche seit Jahrzehnten im Flächennutzungsplan als Bauland ausgewiesen sei. Angesichts des dringenden Bedarfs an neuen Räumen für Flüchtlinge verteidigte er die Pläne der Stadtverwaltung, auf dieser Fläche Wohnraum zu schaffen. Er betonte, die Wichtigkeit eine Balance zwischen dem Schutz von Freiflächen und der Notwendigkeit der Nachverdichtung zur Schaffung von Wohnraum zu schaffen. Er wünschte sich, dass andere Fraktionen anstelle einer ablehnenden Haltung auch einmal Lösungsvorschläge vorbringen würden, um das Bauprojekt so nicht zu gefährden, da ansonsten unter Umständen wieder die Schließung von Sporthallen notwendig sei.

Rm Schneider/CDU erklärte, dass zunächst nur beschlossen wurde, dass die Verwaltung mit der Planung beauftragt werde. Sie seien bereit, Gelder für die Planungen bereitzustellen, jedoch nicht unmittelbar für den Bau, da sie erst die Ergebnisse der Stadtverwaltung abwarten möchten. Möglicherweise ergeben sich in der Zwischenzeit alternative Lösungen für die Unterbringung von Flüchtlingen in der Stadt. Daher werde die CDU Fraktion die Bürgeranregung ablehnen, um die genauen Planungen der Verwaltung zu prüfen, um auf dieser Basis eine Entscheidung zu treffen, auch wenn sie die Argumente des Bürgerantrags nachvollziehen können.

Modifizierter Antragstext zu Punkt 1 durch die BA Fraktion:

1. Antrag 1:

~~Der Rat der Stadt Hilden möge beschließen, dass das o.g. Bauvorhaben nicht durchgeführt und nach Alternativen gesucht wird.~~

„Der Rat der Stadt möge beschließen, dass vor einer abschließenden Beschlussfassung zum genannten Bauprojekt weitere Alternativ gesucht und diese transparent dokumentiert werden.“

2. Antrag 2:

..., regen wir an, die gesamte Acker- und Freifläche an der Hofstraße nicht zu bebauen, sondern als Freifläche im Rahmen eines Gesamtkonzeptes der grünen Infrastruktur zur Anpassung an den Klimawandel im Flächennutzungsplan zu sichern.

Das aktuelle Bauvorhaben an der Hofstraße 98 ist deshalb einzustellen.

Abstimmungsergebnis zu Antrag 1:

Mehrheitlich abgelehnt bei 10 Ja-Stimmen der FDP, AfD und BA.

Abstimmungsergebnis zu Antrag 2:

Einstimmig abgelehnt bei 4 Enthaltungen der FDP.

7 Allgemeine Ratsangelegenheiten

7.1 Bestellung eines stimmberechtigten Mitgliedes für den Stadtentwicklungsausschuss

WP 20-25 SV
01/166

Es lagen keine Wortmeldungen vor, sodass Bürgermeister und Vorsitzender Dr. Pommer direkt zur Abstimmung aufrief.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Hilden bestellt Frau Lisa Didschuneit zum stimmberechtigten Mitglied des Stadtentwicklungsausschusses.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen.

Geänderter Beschlussvorschlag in der Sitzung (Ergänzungen in kursiv dargestellt):

a) Der Rat bestellt auf Vorschlag des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes

in den Jugendhilfeausschuss

als stimmberechtigtes Mitglied

(anstelle von Herrn Siegfried Wagner)

Herrn Janes Delcuve

b) Der Rat bestellt auf Vorschlag des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes

in den Sozialausschuss

als beratendes Mitglied

(anstelle von Siegfried Wagner)

Malin Schmidt

c)

I. Der Rat bestellt auf Vorschlag der SPD-Fraktion in den

in den Hauptausschuss

als ordentliches Mitglied

(anstelle von Dominik Stöter)

Hannah Hammer

in den Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz

als ordentliches Mitglied

(anstelle von Carsten Wannhof)

Ben Eisenblätter (sB)

in den Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz

als stellv. Mitglied für Ben Eisenblätter (sB)

Frank Sondermann (sB)

in den Stadtentwicklungsausschuss

als stellv. Mitglied für Ben Eisenblätter (sB)

(anstelle von Manfred Böhm)

Frank Sondermann (sB)

in den Sozialausschuss

als ordentliches Mitglied

(anstelle von Hamza El Halimi)

Carsten Wannhof

in den Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen

als ordentliches Mitglied

Kevin Buchner

(anstelle von Hamza El Halimi)

in den Paten- und Partnerschaftsausschuss

als ordentliches Mitglied

Hans-Jürgen Weber

(anstelle von Kevin Buchner)

in den Jugendhilfeausschuss

als stellv. Mitglied für Carsten Wannhof

Sarah Buchner

(anstelle von Hamza El Halimi)

in den Aufsichtsrat der Stadt Hilden Beteiligungsgesellschaft mbH

als ordentliches Mitglied

Kimberly Bauer

(anstelle von Hamza El Halimi)

als stellv. Mitglied für Dominik Stöter

Anabela Barata

(anstelle von Kimberly Bauer)

in den Aufsichtsrat der Wohnungsbaugesellschaft Hilden mbH

als stellv. Mitglied für Carsten Wannhof

Hannah Hammer

(anstelle von Anabela Barata)

in den Zweckverband Gesamtschule Langenfeld

als ordentliches Mitglied

Henrike Lindenberg

(anstelle von Hamza El Halimi)

in den Zweckverband Volkshochschule Hilden-Haan

als stellv. Mitglied für Hannah Hammer

Steffen Kirchhoff

(anstelle von Hamza El Halimi)

II. Der Rat der Stadt Hilden nahm folgende Benennungen der SPD-Fraktion für den 2. stellv. Vorsitz des Hauptausschusses zur Kenntnis: Herr Kevin Buchner als Nachfolge für Herrn Dominik Stöter.

d) Der Rat bestellt auf Vorschlag der FDP-Fraktion in den

in den Ausschuss für Kultur und Heimatpflege

als ordentliches Mitglied

Frau Jutta Cromme (sB)

(anstelle von Beata Zielkens (sB))

(Umsetzungswünsche der SPD-Fraktion und FDP-Fraktion wurden während der Ratssitzung bekannt gegeben)

Anmerkung der Schriftführung: Die in der Sitzung beantragten Umbesetzungen sind gesetzeskonform.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

[Anmerkung der Schriftführung: die Ergänzungsvorlage mit einem geänderten Beschlussvorschlag wurde zu Beginn der Sitzung als Tischvorlage ausgelegt.]

Herr Becker, Leiter des Bürgermeisterbüros, erklärte einleitend, dass der Rat in seiner Sitzung im Dezember bereits die Verkleinerung des Rates in der nächsten Wahlperiode auf 40 Ratsvertreter*innen beschlossen habe und hierfür formal noch der Beschluss einer Nachtragssatzung erforderlich sei. Weiter habe sich seit diesem Beschluss im Dezember auch im Landtag noch etwas getan, und es sei dort beabsichtigt, das Kommunalwahlgesetz derart zu ändern, dass eine Verkleinerung des Rates auf insgesamt 38 Mitglieder rechtlich ermöglicht werde. Das Gesetz befinde sich aktuell in der Offenlage, und es sei mit einem Beschluss noch vor der Sommerpause zu rechnen. Sollte die Anwendung der Gesetzesänderung gewünscht sein, müsse ein neuer Ratsbeschluss auf Vorbehalt gefasst werden.

Rm Reffgen/BA äußerte sich verwundert darüber, dass die Initiative zur weiteren Verkleinerung des Rates nun von der Verwaltung aus komme und nicht zuständigkeitshalber dem Rat selber überlassen werde. Da der Beschluss ziemlich weitgehend sei und im Vorgriff auf eine möglicherweise erst im Sommer vom Landtag zu entscheidende Gesetzesänderung gefasst werde, werde die Fraktion diesem Beschluss nicht zustimmen.

Rm Joseph/FDP betonte, dass ein gültiger Ratsbeschluss vorliege, auch wenn dieser nicht von der FDP unterstützt wurde. Weiter kritisierte er, dass die Verwaltung und der Bürgermeister gerade in diesem Fall einen Vorratsbeschluss einholen wollten. Eine weitere Verkleinerung des Rates würde insbesondere die kleinen Fraktionen treffen und so auch der Demokratie schaden, die von Vielfalt lebe. Daher lehne er den Beschlussvorschlag ab.

Auch Rm K. Buchner/SPD sprach sich gegen den Beschlussvorschlag der Verwaltung aus, da die SPD-Fraktion fest davon ausgehe, dass es sich bei dem Wahlergebnis aus 2020 um ein Ausnahmeergebnis handle und er hoffe, dass das Wahlergebnis 2025 automatisch zu einem verkleinerten und ausgeglichenen Rat führen werde. Im Nachgang des Wahlergebnisses könne dann vielmehr über die Größe der Ausschüsse diskutiert werden, um dort Einsparungen für den städtischen Haushalt vorzunehmen.

Rm C. Schlottmann/CDU sprach sich für eine weitere Verkleinerung des Rates aus, da es aus Kostengründen und für eine bessere Zusammenarbeit wichtig sei, dass die Sitzungen des Rates wieder im Bürgerhaus stattfinden könnten. Zudem bedeute ein kleinerer Rat auch kleinere Gremien und somit eine Kostenersparnis. Eine Verkleinerung des Rates sei auch nicht der Untergang der Demokratie, und die Fraktion begrüße den weiteren Vorschlag der Verwaltung. Die Fraktion werde daher beiden Vorschlägen zustimmen.

Beschlussvorschlag:

~~Der Rat der Stadt Hilden beschließt,~~

- ~~a) vorbehaltlich der Änderung des Kommunalwahlgesetzes, die Reduzierung der zu wählenden Gemeindevertreter auf 38 und die als Anlage 1 beigefügte Nachtragssatzung zur Hauptsatzung der Stadt Hilden.~~

~~oder~~

- ~~b) Die Beibehaltung der mit Beschluss vom 12.12.2023 beschlossenen Reduzierung der zu wählenden Gemeindevertreter auf 40 und die als Anlage 2 beigefügte Nachtragssatzung zur Hauptsatzung der Stadt Hilden.~~

Beschlussvorschlag neu:

- I. Der Rat der Stadt Hilden beschließt auf Grundlage des Ratsbeschlusses vom 12.12.2023 die der SV als Anlage A beigefügte 2. Nachtragssatzung zur Hauptsatzung der Stadt Hilden.
- II. Der Rat der Stadt Hilden beschließt vorbehaltlich der rechtswirksamen Änderung des Kommunalwahlgesetzes bis spätestens 29. Juli 2024 die Reduzierung der zu wählenden Gemeindevertreter auf 38 und die als Anlage B beigefügte 3. Nachtragssatzung zur Hauptsatzung der Stadt Hilden.

Abstimmungsergebnis:

Beschluss zu Ziffer I:

Mehrheitlich beschlossen bei

54 Ja-Stimmen von CDU, SPD, Grüne, AfD, Allianz für Hilden, Rm Didschuneit/Die Linke, Bürgermeister Dr. Claus Pommer

2 Nein-Stimmen der BA sowie

4 Enthaltungen der FDP

Beschluss zu Ziffer II:

Mehrheitlich abgelehnt bei

24 Ja-Stimmen von CDU, AfD und Bürgermeister Dr. Claus Pommer

36 Nein-Stimmen von Grünen, SPD, FDP, Allianz für Hilden, BA und Rm Didschuneit/Die Linke

7.4	Änderung der Zuständigkeitsordnung des Rates der Stadt Hilden -	WP 20-25 SV
	16. Nachtrag	01/160

Rm Bartel/Grüne begrüßte grundsätzlich die geplante Änderung der Zuständigkeitsordnung und die Straffung der Beratungsabfolge, die zu einer Entlastung der Ausschüsse führen soll. Problematisch fand er jedoch die Art und Weise, wie die Wirtschaftspläne der Gesellschaften beraten werden sollen. Er kritisierte, dass die Beratung nur für Gesellschaften erfolgen solle, an denen die Stadt direkt beteiligt ist. Wichtiger seien jedoch die nachgeordneten Gesellschaften, wie die SHH, SWH und WGH, in denen zentrale Weichenstellungen für die Stadt vorgenommen werden. Daher beantragte er, dass der Rat auch über diese Wirtschaftspläne entsprechend informiert werde und stellte einen Änderungsantrag zur Sitzungsvorlage *[Anmerkung Schriftführung: dieser ist an Anlage zur Niederschrift beigefügt]*.

Nachdem Bürgermeister Dr. Pommer darauf hinwies, dass in dem geplanten Workshop zur Änderung der Zuständigkeitsordnung für die kommende Wahlperiode ausführlich über den Änderungsantrag diskutiert werden könne, zog Rm Bartel/Grüne den Antrag zurück.

Rm Kohl/Allianz für Hilden äußerte grundsätzliche Zustimmung zur Vorlage, kritisierte jedoch § 5, der es dem Ausschuss für Finanzen und Beteiligung ermöglicht, wichtige finanzielle Entscheidungen zu treffen, obwohl nicht alle Ratsfraktionen dort stimmberechtigt sind. Er betonte, dass dies für die Demokratie problematisch sei, und kündigte an, die Vorlage abzulehnen.

Rm Reffgen/BA stellte fest, dass die Zuständigkeitsordnung bisher nicht ausreichend diskutiert worden sei und sprach der Vorlage die Beschlussreife ab. Er kritisierte die mangelnde Vorbereitung und die unzureichende Beteiligung der Politik an den bisherigen Diskussionen. Außerdem äußerte er Bedenken, dass die Änderungen der Zuständigkeitsordnung dazu führen könnten, dass der Rat nicht ausreichend über wesentliche finanzielle Belange informiert werde.

Rm Schneider/CDU erklärte, dass seine Fraktion den Änderungen zustimmen werde. Er zeigte Verständnis für die Bedenken von Herrn Kohl, betonte aber die fachliche Notwendigkeit, finanzielle Entscheidungen in den entsprechenden Ausschüssen zu treffen. Weiter wies er darauf hin, dass die Fraktionen ihre Fachleute in die Ausschüsse entsenden und diese daher die entsprechenden Themen fachkundig beraten könnten. In Bezug auf die Kritik von Herrn Reffgen betonte er, dass die Workshops intensiv und mit großer Beteiligung der Fraktionen stattfinden und die wesentlichen Diskussionen im Protokoll festgehalten würden.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt beschließt den als Anlage 2 beigefügten 16. Nachtrag der Zuständigkeitsordnung des Rates der Stadt Hilden.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen bei 4 Nein-Stimmen der FDP, 2 Nein-Stimmen der BA, 2 Nein-Stimmen der Allianz sowie 13 Enthaltungen der Grünen.

8 Haushalts- und Gebührenangelegenheiten

- | | | |
|-----|--|-----------------------|
| 8.1 | Maßnahmenpaket II auf Basis des Brandschutzbedarfsplanes und der Stellungnahme des Kreisbrandmeisters;
hier: Gewinnung von zusätzlichen ehrenamtlichen Mitgliedern für die Einsatzabteilung der Freiwilligen Feuerwehr Hilden | WP 20-25 SV
37/008 |
|-----|--|-----------------------|
-

An der Beratung und Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt beteiligte sich Rm Kirchhoff/SPD wegen Befangenheit nicht.

Beigeordnete Wolke-Ertel berichtete, dass die Kampagne „25 für 25“ zur Mitgliedergewinnung für die freiwillige Feuerwehr sehr gut angelaufen sei und innerhalb von zwei Monaten bereits sechs Neuanmeldungen vorliegen. Daher sollte das Projekt aufgrund fehlender Mittel nun nicht gestoppt werden, weswegen der Hauptausschuss in der Beratungsfolge nicht beteiligt wurde und die Sitzungsvorlage zur Bereitstellung der überplanmäßigen Aufwendungen direkt dem Rat zur Entscheidung vorgelegt wurde.

Rm Reffgen/BA begrüßte die kreativen Vorschläge der Verwaltung zur Bewältigung der personellen Probleme bei der Feuerwehr. Er betonte, dass die unkonventionellen Maßnahmen notwendig seien, um die Situation zu verbessern, und lobte die Verwaltung dafür, dass sie diese Botschaft verstanden habe und nun entsprechend handle.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Hilden beschließt zur Gewinnung von zusätzlichen ehrenamtlichen Mitgliedern für die Einsatzabteilung der freiwilligen Feuerwehr Hilden die Bereitstellung überplanmäßiger Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen im Produkt 021501 „Maßnahmen zur Gefahrenabwehr“ in Höhe von 100.000 €. Die Deckung erfolgt durch Minderaufwendungen bei Transferaufwendungen im Produkt 160101 „Zahlungsströme der allg. Finanzwirtschaft“.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen ohne Beteiligung von Rm Kirchhoff/ SPD wegen Befangenheit.

9 Anträge

9.1	Antrag BA-Fraktion vom 30.08.2023: Mobile Stellwand für Street-Art im Stadtpark	WP 20-25 SV 41/077/1
-----	---	-------------------------

Rm Reffgen/BA betonte, dass ihm die Stellungnahme zur Sitzungsvorlage besonders am Herzen liege, da der Antrag nicht nur von ihm, sondern auch von zwei Jugendlichen aus dem Jugendparlament unterzeichnet worden sei. Dieser Antrag sei das Ergebnis einer gemeinsamen Initiative, die im Rahmen eines kommunalpolitischen Praktikums bei der Bürgeraktion entstanden sei. Die Jugendlichen hätten angeregt, den Stadtpark unter jugendpolitischen Aspekten zu betrachten und festgestellt, dass Angebote für Jugendliche dort fehlten. Bei einer Begehung des Parks sei festgestellt worden, dass die Bänke in Bereichen, die von Jugendlichen genutzt würden, in schlechtem Zustand seien. Dies führte zur Idee, eine Möglichkeit für künstlerischen Ausdruck zu schaffen, wie etwa eine mobile Stellwand. Rm Reffgen/BA betonte, dass es dabei nicht um eine täglich auf- und abzubauenen Wand gehe, sondern um eine feste, aber leicht zu installierende Konstruktion, ähnlich den Wahlplakatwänden.

Rm Hebestreit/SPD erklärte, dass sie Stellwände im Stadtpark für ungeeignet halte und lobte die bereits bestehenden Projekte, die von dem Kulturamt im letzten Jahr gemeinsam mit dem Jugendparlament erarbeitet wurden. Daher sei der Antrag nicht notwendig. Weiter schlug sie vor, dass das Kultur- und Jugendamt prüfen könnten, ob die Wände der Theodor-Heuss-Schule vor dem Abriss für künstlerische Projekte genutzt werden könnten.

Antragstext:

Der Bürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob im Stadtpark, unweit der von Jugendlichen und jungen Erwachsenen stark frequentierten Standorte (beispielsweise auf einer frei einsehbaren Rasenfläche), eine mobile Stellwand installiert werden kann, auf der besonders jungem Publikum die Möglichkeit geboten wird, sich künstlerisch – im Stile von Street-Art – auszudrücken und in Szene zu setzen. Mit dem Angebot zur Verwirklichung grafischer Ausdrucksformen sollten zunächst testweise für eine Saison (Frühjahr bis Herbst) Erfahrungen gesammelt werden.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt bei 2 Ja-Stimmen der BA.

10 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen

Kämmerer Widersprecher teilte mit, dass die Kommunalaufsicht die am 13.03.2024 beschlossene Haushaltssatzung zur Kenntnis genommen und die mittelfristige Finanzplanung genehmigt habe. Ebenfalls sei am 17.04.2024 die Haushaltssatzung öffentlich bekannt gemacht worden; die Verwaltung würde sich demnach nicht mehr in der vorläufigen Haushaltsführung befinden. Er würde dies der Gesamtverwaltung am Tag nach der Ratssitzung mitteilen. Die 2023 vom Landrat festgestellte defizitäre Haushaltslage würde sich jedoch weiter fortführen; ein Schreiben des Landrates an die Ratsmitglieder würde den Mitgliedern zugesendet werden.

11 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

Rm C. Schlottmann/CDU erkundigte sich, wie die Verwaltung mit dem steigenden Diebstahl auf dem Hauptfriedhof umgehen werde. Anlass der Frage sei der Diebstahl der Bronzestatue. Bür-

germeister Dr. Pommer erklärte, dass er die rechtliche Prüfung einer nächtlichen Videoüberwachung veranlasst habe.

Rm Joseph/FDP fragte, ob bereits ein Datum für die Fertigstellung des Bauvorhabens auf der Hochdahler Straße genannt werden könne. Weiter erkundigte er sich nach dem nächsten Termin für die Stadtkonferenz Mobilität, damit die Fraktion diesen bewerben könne. Bürgermeister Dr. Pommer sicherte zu, dass der Termin zeitnah bekanntgegeben werde. Beigeordneter Stuhlträger erklärte, dass die Baustelle am 30.04.2024 geräumt werden könne, wenn die Wetterbedingungen mitspielen und die Asphalt- und Markierungsarbeiten fertiggestellt werden können. Somit könne die Frist von zwei Monaten für die Fertigstellung eingehalten werden.

11.1 217-24 Anfrage CDU Wildtierrisse durch unangeleinte Hunde

Rm Kimmel/ CDU verlas folgende Anfrage:

„Der Hildener Stadtwald unterliegt einer vielfältigen Nutzung. Leider kam es in der Vergangenheit vermehrt zu Rissen von Wildtieren durch unangeleinte Hunde. Neben bekannten Fällen, die teilweise auch der Presse zu entnehmen sind, werden immer wieder weitere verendete Tiere mit Bissspuren gefunden. Zusätzlich besteht die Gefahr, dass flüchtige Wildtiere durch unangeleinte Hunde in Richtung von Straßen (u. a. die Elberfelder Straße) gehetzt werden, diese panisch queren und somit Verkehrsteilnehmer in Gefahr bringen.

Gerade in der aktuellen Brut- und Setzzeit ist es wichtig, dass Hundehalter die bestehenden Regelungen einhalten. Die CDU-Hilden fragt daher an:

- 1. Ist der Stadtverwaltung die aktuelle Problematik bekannt?*
- 2. Welche Maßnahmen können ergriffen werden, um sicherzustellen, dass Hundehalter z. B. die Leinenpflicht in den ausgewiesenen Naturschutzgebieten einhalten?*
- 3. Könnte die bestehende Beschilderung optimiert werden, um Hundehalter auf die existierenden Regelungen hinzuweisen?*
- 4. Wer ist für die Überwachung der bestehenden Regelungen verantwortlich?“*

Ende der Sitzung: 19:06 Uhr

Dr. Claus Pommer / Datum
Vorsitzender

Christina Schroeder / Datum
Schriftführerin

Gesehen:

Roland Becker / Datum
Amtsleiter Bürgermeisterbüro